

Zukunftsforum Politik

Broschürenreihe
herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 71

Kimmo Elo

Deutsch–russische „Strategische Partnerschaft“: Eine kurzsichtige Strategie oder Handeln im Interesse Europas?

Sankt Augustin, März 2006

ISBN 3-937731-81-4

Redaktionelle Betreuung: Klaus Rosen

Download-Publikation

Der Text dieser Datei ist identisch mit der Druckversion der Veröffentlichung. Die Titelseite der Printausgabe beträgt 4 Seiten und wurde in der digitalen Version auf einer Seite zusammengefasst.

Inhalt

Einleitung	7
Grundzüge russischer Westpolitik	10
Russland und die europäische Ostpolitik	16
Deutsch-russische „Strategische Partnerschaft“ zwischen russischer Westpolitik und europäischer Ostpolitik	23
Schlussbetrachtung	37
Literaturverzeichnis	42
Der Autor	49

Einleitung

Seit den frühen siebziger Jahren, den Anfängen der *Ostpolitik* der Bundesregierung Brandt/Scheel, hat sich die Bundesrepublik bemüht, nicht nur bessere, sondern auch engere Beziehungen zu ihren Nachbarn östlich von Oder und Neisse aufzubauen. Den Kernpunkt dieser neuen Ostpolitik stellte damals die Feststellung dar, dass Änderungen der europäischen Gesamtstruktur nur unter Berücksichtigung der sowjetischen Interessen zu erreichen seien. Dieser Verständniswandel fand seinen Ausdruck nicht allein in der berühmten Formel „Wandel durch Annäherung“ (Egon Bahr), sondern auch darin, dass der erste der Ostverträge mit der Sowjetunion abgeschlossen wurde. Damit wurde zugleich die Führungsrolle der Sowjetunion in den Ost-West-Beziehungen anerkannt und bekräftigt.¹

Schon während des Kalten Krieges kam der Ostpolitik noch unter einem anderen Gesichtspunkt eine wichtige Rolle zu. Sie sollte die bisherige Politik der Westintegration ausbalancieren, durfte aber nicht in einen Gegensatz zu ihr treten. Damit trug die Ostpolitik der Einsicht Rechnung, die europäische politische Karte werde sich nur in Zusammenarbeit aller relevanten Akteure gestalten und gegebenenfalls ändern lassen. Aus dieser Sicht bildete die vor 15 Jahren errungene deutsche Einheit den Scheitelpunkt einer Entwicklung, die nicht nur von der Ostpolitik des Westens, sondern wesentlich auch von einer Neuorientierung der *Westpolitik* der Sowjetunion abhing.

Der Begriff „Scheitelpunkt“ ist hier bewusst gewählt worden. Denn nach der (Selbst-)Auflösung des einstigen territorialen Hegemons, der Sowjetunion, in Russland und die GUS haben sowohl die Europäische Gemeinschaft/Union (EG/EU) als auch die

¹ Hacke, 2003, 159-160, 164.

NATO den Versuch unternommen, das entstandene politische, wirtschaftliche und militärische Machtvakuum in Mittel- und Osteuropa mit einer expansiven, auf schnelle Westintegration der ehemaligen sozialistischen Staaten zielenden Ostpolitik zu füllen. Infolge ihrer parallel betriebenen Osterweiterungen sind die NATO und die EU bis Mai 2004 bis hin an die Westgrenze des heutigen Russland, das diese Erweiterungsschritte in Richtung seiner Grenzen weder maßgeblich beeinflussen noch stoppen konnte, herangerückt.²

Man muss sagen, dass diese Entwicklung ohne eine Berücksichtigung der Interessen Russlands erfolgte und – zumindest bis Ende des 20. Jahrhunderts – der frühere Grundsatz der westlichen Ostpolitik, „Russland zuerst“, weitgehend *ad acta* gelegt worden war. Diese Feststellung impliziert natürlich nicht, dass Russland ein Vetorecht bei Entscheidungen und Prozessen garantiert werden sollte, die gegen russische Interessen verstoßen, sondern, dass sich das zukünftige Europa – will man schon der Entstehung möglicher Interessenkonflikte vorbeugen – nur in Zusammenarbeit mit, nicht aber gegen Russland, gestalten lässt.³

Vor diesem Hintergrund stellte das Bestreben der Regierung Schröder/Fischer, eine bilaterale „strategische Partnerschaft“ mit Russland aufzubauen, einen interessanten Fall dar. Dies vor allem deswegen, weil eine solche strategische Partnerschaft ja sowohl die Existenz einer gemeinsamen Agenda als auch den Willen beider Seiten, diese Kooperationsbeziehung einzugehen, voraussetzt, weshalb die deutsch-russische strategische Partnerschaft im ersten Blick *den* Dreh- und Angelpunkt zwischen zwei Entwicklungslinien – der deutschen ostpolitischen Tradition einerseits und dem Bestreben der EU andererseits, auch die Außenpolitik zu verge-

² Fedorov, 2005, 12.

³ Weidenfeld et al., 1997, 81-82.

meinschaften – zu sein scheint. Somit ist anzunehmen, dass die strategische Partnerschaft zwischen Deutschland und Russland in diese beiden politischen Metahistorien eingebettet und ihre Agenda aus diesen Konzeptionen abzuleiten wäre und nicht mit ihnen im Widerspruch stehen würde. Um herauszufinden, ob Rot-Grün, wie Alexander Rahr jüngst behauptet hat, „in Europas Interesse“⁴ gehandelt oder ob Rot-Grün, wie Beate Neuss behauptet, „eine kurzsichtige Strategie“⁵ verfolgt hat, wird sich die vorliegende Studie mit diesem deutsch-europäisch-russischen Problemkomplex auseinandersetzen.

Das Papier hat den folgenden Aufbau. Das erste Hauptkapitel skizziert die Eckpunkte der gegenwärtigen russischen Westpolitik; das zweite stellt die Grundlagen der Beziehungen zwischen der EU und Russland dar; das dritte schließlich geht auf die „strategische Partnerschaft“ zwischen Deutschland und Russland ein, indem es die bilateralen Beziehungen in den Kontext der russischen Westpolitik und der europäischen Ostpolitik einbettet. Der zeitliche Schwerpunkt des Papiers liegt auf der Präsidentschaft Wladimir Putins seit dem Jahre 2000, der thematische Schwerpunkt auf den Beziehungen Deutschlands und der EU, weniger auf denen der NATO zu Russland.

⁴ Rahr, 2005.

⁵ Neuss, 2005.

Grundzüge russischer Westpolitik

Der Übergang der Macht im Kreml von Jelzin zu Putin brachte nicht nur einen Wechsel in der obersten Führung Russlands mit sich, sondern markierte auch den Beginn einer Neuorientierung der russischen Außen- und Europapolitik von der (nach dem einstigen Außen- und Premierminister Jewgeni Primakow genannten) „Primakowschen Schule“ zur euroatlantischen Orientierung.⁶ Obwohl sich diese zwei außenpolitischen „Schulen“ in einigen Grundfragen deutlich unterscheiden und obwohl diese Unterschiede auch die Westpolitik Russlands beeinflussen, kann kaum von einem wirklichen Bruch in der russischen Außenpolitik die Rede sein.⁷

Den Ausgangspunkt der „Primakowschen Schule“ bildete die ab Herbst 1992 immer schärfer gewordene Kritik an der westorientierten/euroatlantischen, kooperativen und integrationsfreundlichen Außenpolitik, die – so die Kritiker in Russland – nicht nur die russischen Interessen weitgehend vernachlässigte, sondern auch Russland zu einem Juniorpartner der USA herabzusetzen drohte.⁸ Diesem Bedrohungsszenario sollte die „Primakowsche Schule“ entgegenwirken, indem sie Russland als Großmacht und eines der Zentren einer multipolaren Welt definierte, dessen weltpolitische Hauptaufgabe darin bestehe, den Hegemonialbestrebungen der USA und der Entstehung einer unipolaren Weltordnung entgegenzuwirken.⁹

⁶ Adomeit, 2002, 200; Fedorov, 2005, 17.

⁷ Baur, 2001, 97.

⁸ Baur, 2001, 97; Adomeit, 2002, 183.

⁹ Fedorov, 2005, 17.

Die außenpolitische Orientierung ab 1996 ist als eine Kombination von geopolitischer Autonomie und realpolitischen und pragmatischen Elementen zu betrachten. Dieser Orientierung nach sollten Russlands weltpolitischen Interessen maximiert, die Stärkung separater geopolitischer Zentren verhindert sowie die existierenden und potentiellen Widersprüche zwischen führenden Mächten ausgenutzt werden. Diese Grundorientierung wurde ergänzt durch das Bestreben, antiamerikanisch motivierte strategische Pakte“ u.a. mit China und Indien zu schließen.¹⁰

Nun ist diese Orientierung als eine Folge der Stärkung des Einflusses von Mackinders berühmtem Konzept von Russland als „Kernland“ (*Heartland*) auf das russische außenpolitische Denken zu betrachten. Diesem Konzept nach ist *Osteuropa* der Hebel zur Herrschaft über das Kernland (Russland): Wer die Kontrolle über das Kernland ausübe, herrsche über die „Weltinsel“ und wer über die „Weltinsel“ herrsche, erringe die Weltherrschaft.¹¹ Aus dieser Konstellation ist aber abzuleiten, dass Russland – trotz seines Status als „Kernland“ – eine gewisse geopolitische Verwundbarkeit hinnehmen muss, weil sein weltpolitischer Status maßgeblich von dem jeweiligen geopolitischen Hegemon Osteuropas abhängt. Würde Russland diesen Anschluss verlieren, so müsse es sich vor einer Isolierung von den europäischen Angelegenheiten und somit von der Möglichkeit, Europas politische Architektur mitgestalten zu können, fürchten.¹² Unter Berücksichtigung dieser geopolitischen Gegebenheiten ist es nur logisch, dass die Bedeutung der

¹⁰ Kolossov & Turovsky, 2001, 148-150; Adomeit, 2002, 192-193; Baur, 2001, 102.

¹¹ Mackinder, 1950. S. dazu auch Spykman, 1944; Lowe, 1981, 1-2; Smith & Timmins, 2001, 69.

¹² Smith & Timmins, 2001, 71.

mitteleuropäischen Region für Russland gewachsen ist¹³ – und künftig weiter wachsen wird.

Wird der Einfluss geopolitischer Denkmuster auf die russische Außenpolitik berücksichtigt, so überrascht es kaum, dass nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die Herstellung kausaler Bezüge zwischen der Zukunft Russlands und der NATO-Osterweiterung im russischen außenpolitischen Denken festzustellen war. Im Unterschied zur Militärführung führte die Idee eines solchen Kausalnexus in der obersten politischen Führung des Landes jedoch *nicht* zu der Schlussfolgerung, die NATO-Osterweiterung sei *ausschließlich* als Bedrohung der Sicherheit und der Interessen Russlands zu bewerten. Dagegen wurde signalisiert, die NATO-Osterweiterung könne toleriert werden, wenn Russlands Hegemonie in seiner Kernzone, der GUS, dem sogenannten nahen Ausland, anerkannt werde. Auch der Tiefpunkt der Beziehungen zwischen der NATO und Russland, der Kosovo-Krieg, darf nicht überinterpretiert werden: Russland achtete sehr genau darauf, dass die bilateralen Beziehungen zu *einzelnen* NATO-Mitgliedstaaten intakt blieben, um die Grundlagen für eine zukünftige Kooperation nicht zu zerstören.¹⁴ Mit anderen Worten: Die NATO könne erweitert werden, wenn gleichzeitig Russland der Anschluss an (Ost-) Europa garantiert werde.

Wie schon erwähnt, haben die ersten Jahre der Präsidentschaft Putins eine gewisse Neuorientierung, jedoch keine Kehrtwende in der russischen Westpolitik mit sich gebracht. Die wohl wichtigsten Änderungen betreffen einerseits die Positionierung Russlands, das nun als europäisches Land und gleichberechtigtes Mitglied der *westlichen* Gemeinschaft definiert wird, und andererseits die politischen Schlüsselstrategien, die jetzt auf „strategische

¹³ Danilow, 2004, 17.

¹⁴ Smith & Timmins, 2001, 76-77, 79; Umbach, 2004, insbes. 285ff.

Partnerschaften“ mit den USA, der NATO und der EU und auf normale Beziehungen zu China zielen.¹⁵ Daraus lässt sich schließen, dass die russische Außenpolitik unter Putin von dem „Multilateralismus“ der Ära Jelzin zum „euroatlantischen Kurs“ zurückgekehrt ist, der unübersehbare Ähnlichkeiten mit Gorbatschows Neuem Politischem Denken hat.¹⁶ Russlands Westpolitik wird sich also auch in den kommenden Jahren, wie u.a. Johannes Baur zutreffend bemerkt, „zwischen den Grundmustern ‚Kooperation‘ und ‚Markierung von Gegenpositionen‘ bewegen“.¹⁷ Trotz dieses Maßes an Berechenbarkeit „darf der Westen für die Zukunft nicht davon ausgehen, dass eine Rückkehr zu einer konfrontativen Außen- und Sicherheitspolitik Russlands grundsätzlich ausgeschlossen ist“.¹⁸ Dahinter lässt sich nämlich ein rein taktisches Kalkül identifizieren, das der oben erwähnten Geopolitik der Verwundbarkeit entspricht.

Zum einen hat Russland in der Tat weder militärisch noch ökonomisch die Möglichkeit, größere außenpolitische Ansprüche zu erheben, was in den letzten Jahren mehrmals zum Ersatz von Handlungen durch Worte geführt hat. Dementsprechend ist Russland außenpolitisch auf Kooperation mit den Hauptträgern seiner konkreten wirtschaftlichen Interessen angewiesen. Durch die Kooperation sollte der Verwundbarkeit entgegengewirkt werden, die von Russlands Entfernung von diesen wesentlichen Zentren und Gruppen wirtschaftlicher, politischer und sicherheitspolitischer

¹⁵ Götz 2004, 342; Rahr, 2004, 1; Fedorov, 2005, 17.

¹⁶ S. dazu auch Adomeit, 2002, 200.

¹⁷ Baur, 2001, 100.

¹⁸ Umbach, 2004, 316.

Integration herrühren.¹⁹ In der Putinschen Westpolitik hat die Kooperation den Stellenwert eines Mittels, mit dem Russland als gleichwertiger Mitspieler in den westlich dominierten Handels- und Finanzorganisationen mitwirken und somit auch die Globalisierungsprozesse mitgestalten kann.²⁰ Das wichtigste Ziel dabei ist die Fähigkeit, „günstige äußere Bedingungen für die innere Stabilisierung und Entwicklung des Landes zu sichern“,²¹ um letzten Endes das Kernland Russland vor der Isolierung zu schützen.

Zum anderen ist – trotz dieser kooperativen Elemente in der russischen Außenpolitik – anzunehmen, dass Russland weiterhin Kooperation *ohne* Integration anstreben wird. Es spricht viel dafür, dass einerseits nicht nur die Angst, aus wichtigen Prozessen ausgeschlossen zu werden, tief im russischen außenpolitischen Denken verankert ist,²² sondern andererseits auch die Angst vor einer Entwicklung, die als „zu viel Integration“ bezeichnet werden kann. Dass die „destruktive Logik“ der russisch-westlichen Beziehungen durch eine Politik der Partnerschaft abgelöst worden ist, bedeutet noch lange nicht, „dass Russland bereit wäre, jeden Preis für die westliche Loyalität und Partnerschaft zu bezahlen“. ²³ Anscheinend will Russland den Status eines privilegierten Partners genießen, ohne sich multilateral einbinden zu müssen, um möglichen „ungünstigen“ (geopolitischen) Entwicklungen

¹⁹ Baur, 2001, 101, 103-104; Kolossov & Turovsky, 2001, 162; Adomeit, 2002, 199 ; Rahr, 2004, 6-7.

²⁰ Kolossov & Turovsky, 2001, 162; Timmermann, 2003, 22; Götz, 2004, 342.

²¹ Danilow, 2004, 11.

²² S. z.B. Smith & Timmins, 2001, 83-84.

²³ Danilow, 2004, 12.

möglichst frei und unabhängig entgegen wirken zu können. Kurzum: die russische West- und Außenpolitik richtet sich auch heute wesentlich nach der Idee der geopolitischen Verwundbarkeit und nur bedingt nach der der geopolitischen Möglichkeiten.

Russland und die europäische Ostpolitik

Für die europäische Union stellt eine solche Politik der „Kooperation ohne Integration“ bzw. einer „Integration Russlands *mit* Europa“,²⁴ in der sich Russland stets das Recht vorbehält, sich aus der Kooperation zu verabschieden, wenn ihre Nachteile die Vorteile überwiegen, ein Problem dar. Wenn aber den Beziehungen zwischen der EU und Russland zumindest in der politischen Rhetorik beider Seiten die oberste Priorität eingeräumt wird, so soll eine Antwort auf die u.a. von Hanna Smith aufgeworfene Frage, weshalb sich die beiden Seiten nicht stärker bemühen, ihre gegenseitigen Beziehungen zu verbessern,²⁵ gerade in der *Unfähigkeit* der EU, mit diesem Problem umzugehen, gefunden werden. Insbesondere die folgenden zwei Aspekte scheinen hier von Bedeutung zu sein.

Zum einen hat auch die jüngste Entwicklung die sicherheitspolitische Asymmetrie zwischen Russland und der EU nicht aufgehoben. Anders als die USA wird die EU von Russland nicht als Großmacht und weltpolitischer Rivale betrachtet: „Russland hat bis heute die Bildung einer eigenen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik nicht ernst genommen.“²⁶ Dennoch kann Russland auch heute nicht nur zur Sicherheit Europas beitragen, sondern sie auch unter Umständen stark bedrohen. Um eine solche negative Entwicklung, die den russischen Restaurationskräften neue Nahrung geben würde, zu verhindern, sollte dem Erstarken des Einflusses der Geopolitik der Verwundbarkeit auf die russi-

²⁴ Danilow, 2004, 14 (Hervorhebung K.E.).

²⁵ Smith, 2005, 138.

²⁶ Rahr, 2004, 5.

sche Außenpolitik entgegengewirkt werden.²⁷ Dies kann die EU aber nur erreichen, wenn sie Russland nicht gänzlich aus der Gestaltung der europäischen Integration ausschließt, sondern versucht, die Interessen Russlands besonders in jenen Gebieten zu berücksichtigen, die im russischen Denken auch einen geopolitischen Status besitzen.

Der Versuch, Russland an die EU als Ganzes anzunähern, wird jedoch erheblich von dem zweiten Aspekt, dem Fehlen einer gemeinsamen EU-Außenpolitik, erschwert.²⁸ Demzufolge stellt die heutige Russland-Politik der EU, sowie die generelle EU-Außenpolitik, eher eine Zusammenstellung der Russland- und Außenpolitiken einzelner EU-Mitgliedstaaten dar, für die sich nur schwerlich ein gemeinsamer Nenner finden lässt. Insbesondere die antirussische Haltung der neuen EU-Mitgliedstaaten und der ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes sorgt für Irritationen in den europäisch-russischen Beziehungen, da diese Staaten – vorwiegend aus historischen Gründen – der Annäherung zwischen der EU und Russland skeptisch gegenüber stehen. Dazu kommt noch, dass, was auf der bilateralen Ebene als unproblematisch gilt, sich auf der supranationalen Ebene der EU-Außenpolitik als unmöglich entpuppen kann.²⁹ Vor allem die wachsende außenpolitische Selbständigkeit der russischen Führung zusammen mit den innenpolitischen Schwierigkeiten von Bush Jr. sowie der inneren Krise der EU können dazu führen, dass Russland seine Hegemonie in dem für Russland geopolitisch bedeutenden „Zwi-

²⁷ Timmermann, 2003, 24-25; Rahr, 2004, 9.

²⁸ Götz, 2004, 342.

²⁹ Götz, 2004, 343.

scheneuropa“ wiederherzustellen versucht, was zwangsläufig zu Spannungen zwischen der EU und Russland führen würde.³⁰

Auffallend oft werden in der heutigen Russland-Politik der EU Taten durch Worte ersetzt, was aber angesichts des erwähnten Fehlens einer vergemeinschafteten Russland-Politik wenig überrascht. Zwar betont die EU in ihrem „Partnership and Cooperation Agreement“ (PCA) vom 1. Dezember 1997 u.a. die gemeinsame Wertebasis, die Berücksichtigung demokratischer Prinzipien und Menschenrechte sowie die Wichtigkeit der Fortsetzung politischer Reformen in Russland,³¹ jedoch scheint es der EU nicht nur an Mitteln und Sanktionen zur Durchsetzung der Ziele ihrer Russland-Politik, sondern – vorwiegend wegen der Asymmetrie der Beziehungen – an Mut zu mangeln, ihr zur Verfügung stehende Mittel einzusetzen.³² Infolgedessen können zwei keineswegs unbedeutende Problemfelder identifiziert werden.

Erstens: das Auf-Eis-Legen der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) und die damit verbundenen Schwierigkeiten im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) deuten in erster Linie auf Probleme – ja, Unmöglichkeiten – bei der Vergemeinschaftung der nationalen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitiken hin, macht aber zugleich vor allem die militärische Dimension der europäischen Sicherheitspolitik weiterhin von der Bereitschaft der USA, Europa auch in Zukunft militärisch zu schützen, abhängig. Damit wird nicht nur die notwendige Diskussion über die zukünftige Gestaltung der europäischen sicherheitspolitischen Architektur auf die lange Bank geschoben, sondern die Zukunft der europäischen Integrati-

³⁰ Heikka, 2005, 5.

³¹ Die Europäische Union, 1997.

³² Rahr, 2004, 7.

on und Sicherheit den (geopolitischen) Interessen der USA *und* Russlands untergeordnet.

Es zeichnet sich ab, dass sich die bisherige Strategie der Trennung der politischen Integration/Erweiterung von der Gestaltung/Transformation der gesamteuropäischen sicherheitspolitischen Architektur kaum mehr aufrecht erhalten lässt. Darüber hinaus darf die zukünftige Russland- und Ostpolitik der EU nicht nur eine Summe der Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten sein, sondern muss auf der Identifizierung gesamteuropäischer Interessen auf der supranationalen EU-Ebene beruhen.³³ Spätestens seit der Osterweiterung ist die EU zum politisch-wirtschaftlichen Hegemon im früheren sowjetischen Machtbereich geworden, und zwar mit dem Anspruch, sie sei der Garant für Stabilität, Wohlstand und Frieden. Dass die EU anscheinend weit davon entfernt ist, einzugestehen, dass sie zu einem geopolitischen Akteur mit entsprechenden Verantwortlichkeiten geworden ist, geschweige denn, dass eines Tages die Ernsthaftigkeit dieses Anspruchs auf die Probe gestellt werden könnte, spricht gegen die Existenz einer Geostrategie bzw. Ostpolitik der EU.³⁴ Ein weiterer Beweis für die strategische Orientierungslosigkeit der EU kann auch in der Tatsache gesehen werden, dass bis heute niemand im Ernst darüber nachgedacht hat, welche Mittel erforderlich wären, um eine effektive Politik gegenüber einem autoritären und imperialen Russland zu betreiben.³⁵

Nun wäre aber eine adäquate Geostrategie als Grundlage für die Ost- und Russland-Politik der EU mehr als wünschenswert. Angesichts geopolitischer Einflüsse auf das russische außenpoliti-

³³ Reiter, 2004, 29.

³⁴ S. auch Guérot & Witt, 2004, 6-7.

³⁵ Rahr, 2004, 8.

sche Denken und der Tatsache, dass „[z]ivilisatorisches Vorbild und Sinn für militärische Sicherheitspolitik“ sich nicht ausschließen, sondern sich „gegenseitig im Primat der Selbstbehauptung“ bedingen,³⁶ sollte die EU sich von dem längst überholten Verständnis von Geopolitik als Großmachtstreben und Imperialismus befreien und sich dagegen auf den Standpunkt stellen, eine angemessene europäische Geostrategie werde auch die Interessen Russlands berücksichtigen. Dass Russland von der Existenz einer solchen Geostrategie der EU auszugehen scheint und auf deren mögliche Auswirkungen auf die russische Position zu reagieren versucht, zeigt das Beispiel der Westeuropäischen Union (WEU). Aus Furcht vor negativen Auswirkungen auf seine Mitgestaltungsmöglichkeiten in der EU, hat sich Russland vehement gegen einen möglichen Ausschluss aus der weiteren Entwicklung der WEU, einer praktisch nur auf dem Papier vorhandenen Organisation, gewehrt.³⁷

Andererseits: Die heutige asymmetrische Konstellation arbeitet *gegen* das Ziel, eine EU-Außenpolitik zu schaffen, die mit einer Stimme spricht, und *zugunsten* der Fortsetzung bilateraler Beziehungen zwischen einzelnen EU-Mitgliedstaaten und Russland. Die schon länger anhaltende Tendenz zur Renationalisierung der Außen- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedstaaten und die damit engstens verbundenen Probleme bei der Vergemeinschaftung der Russland-Politik der EU sagen *de facto* mehr über die wachsende Skepsis hinsichtlich der Fähigkeit der EU, als selbständiger internationaler Akteur zu handeln.³⁸ Damit wird nicht nur die gesamte außenpolitische Kompetenz der EU infrage gestellt, sondern unmittelbar auch der ost- und russlandpolitische

³⁶ Hacke, 2002, 15.

³⁷ Smith & Timmins, 2001, 83-84.

³⁸ Danilow, 2004, 15.

Handlungsspielraum³⁹ der EU drastisch eingeschränkt. Infolgedessen steckt die EU in einem ostpolitischen Teufelskreis: Wegen der Schwierigkeiten bei der Festlegung außenpolitischer Prioritäten auf der EU-Ebene sehen sich die Mitgliedstaaten nicht bereit, ihre außenpolitische Kompetenz auf die EU zu übertragen, so dass die EU auch in absehbarer Zeit nur über einen begrenzten außenpolitischen Handlungsspielraum verfügen wird.⁴⁰ Es ist eine keineswegs übertriebene Behauptung, dass eine Ersetzung der gemeinsamen Russland-Politik durch bilaterale Beziehungen einzelner EU-Mitgliedstaaten zu Russland ähnliche Probleme wie in der Vergangenheit hervorrufen und sogar die Integration gefährden dürfte.⁴¹

Es lässt sich zusammenfassen, dass der EU die Entwicklung weder einer glaubwürdigen geostrategischen Dimension auf der Basis entsprechender Institutionen noch einer kohärenten, regionalen oder politischen Präferenz der jeweiligen Ratspräsidentschaft nicht unterliegenden außenpolitischen Agenda gelungen ist.⁴² Die EU ist heute mehr denn je mit *sich selbst* beschäftigt, was aber den außen- und ostpolitischen Handlungsspielraum der einzelnen Mitgliedstaaten gegenüber der EU erweitert. Eine solche Entwicklung kann schon in absehbarer Zeit zu wachsenden Problemen und Spannungen in den Beziehungen zu Russland führen, wenn einerseits die inneren Diskrepanzen der EU die Ausweitung

³⁹ Der außenpolitische Handlungsspielraum, „bezeichnet die Autonomiefähigkeit eines Systems, d.h. seine spezifischen Möglichkeiten, eigene Werte und Ziele in Konkurrenz zu denjenigen anderer Systeme um- und durchsetzen zu können“ (Haftendorn, 1989, 34).

⁴⁰ S. dazu auch Reiter, 2004, 29.

⁴¹ S. dazu Weidenfeld et al., 1997, 114ff.; Staack, 2000, 168-169.

⁴² Guérot & Witt, 2004, 9, 12.

des *ostpolitischen* Handlungsspielraums der Union verhindern, und andererseits – infolge einer solchen Unfähigkeit der EU, adäquate Antworten auf Russlands Interessen zu finden – die Strategien der Geopolitik der Verwundbarkeit wieder einen stärkeren Einfluss auf das russische west- und europapolitische Denken gewinnen. Es ist keineswegs übertrieben zu behaupten, ohne eine kohärente vergemeinschaftete Ostpolitik und Geostrategie der EU würde der EU jener konzeptionelle außenpolitische Rahmen fehlen, in den auch die gemeinsame Russland-Politik eingebettet werden könnte. Sollte dieses Problem ungelöst bleiben, so ist zu erwarten, dass – nicht zuletzt aus historischen Gründen – gerade die gemeinsame Russland-Politik zum Zankapfel wird, der den außenpolitischen Handlungsspielraum und die außenpolitische Handlungsfähigkeit der EU insgesamt beeinträchtigen wird.

Deutsch-russische „Strategische Partnerschaft“ zwischen russischer Westpolitik und europäischer Ostpolitik

Unter Fachleuten wird schon länger die Frage nach dem Kurs bzw. der Kurslosigkeit der vor kurzem abgewählten rot-grünen Regierung erörtert. Diese von der rot-grünen Außenpolitik „provozierte“ Debatte schließt sich an jene Diskussion über die Außenpolitik des vereinigten Deutschland an, die sich fast ausschließlich in dem analytischen Rahmen von „Kontinuität“ und „Wandel“ bewegt hat und die gegen Ende der neunziger Jahre abgeschlossen war. Kam aber die frühere Debatte übereinstimmend zu dem Ergebnis, Deutschlands Außenpolitik orientiere sich nach wie vor am „Zivilmacht“-Konzept, d.h. an internationaler Kooperation mit den Partnern,⁴³ Multilateralismus und friedlicher Konfliktbeilegung, so weist die neuere Debatte deutliche Unterschiede in der Bewertung auf.⁴⁴ Um hier einige Positionen der heutigen Debatte zu nennen, so bewertet z.B. Gregor Schöllgen die deutsche Außenpolitik als die einer europäischen Großmacht,⁴⁵ Hanns W. Maull dagegen ruft zu einer Rückkehr „auf leisen Sohlen aus der Außenpolitik“ auf,⁴⁶ und Gunther Hellmann sieht die deutsche Außenpolitik in einer Krise.⁴⁷

⁴³ S. u.a. Schöllgen, 1999, 2000; Czempiel, 2000; Staack, 2000; Haftendorn, 2001; Peters, 2001

⁴⁴ S. u.a. Hacke, 2002, 2003, 2005; von Bredow, 2003; Hellmann, 2003; Maull, 2003, 2004; Link, 2004; Risse, 2004; Schöllgen, 2004; Knüpling, 2005; Krause, 2005; Schwarz, 2005 a, b; Speckmann 2005

⁴⁵ Schöllgen, 2000.

⁴⁶ Maull, 2003.

⁴⁷ Hellmann, 2003.

Obwohl diese Differenzen Gunther Hellmanns Vermutung, „[m]it jedem weiteren Jahr Berliner Außenpolitik wird die Anzahl der Anhänger von Kontinuitätsbeschreibungen abnehmen [und] die Anzahl derjenigen zunehmen, die[...] die Zeit nach dem Regierungswechsel zu Rot/Grün 1998 als einen *weitreichenden* Einschnitt[...] beschreiben werden“⁴⁸ und somit empirisch Helga Haftendorns Behauptung, „Deutschlands Rolle in Europa und in der Welt ist [...] heute weit weniger klar zu erkennen als in den Zeiten des Ost-West-Konflikts“⁴⁹, zu belegen scheinen, ist hier ausdrücklich auf Thomas Risse hinzuweisen, der stärker als seine Kollegen/innen den Unterschied zwischen der *Mittelwahl* und der *Zielsetzung* deutscher Außenpolitik betont.⁵⁰ In dieser differenzierteren Analyse, die ja „Kontinuität“ und „Wandel“ nicht gegenseitig kategorisch ausschließt, stellen der Kosovo-Einsatz und die Auseinandersetzung mit den USA *keine* Veränderungen der außenpolitischen Ziele dar, sondern erklären sich durch das Festhalten am „Modell Deutschland“.⁵¹ Kurzum, obwohl einige Akzente neu waren, dominierte – bis zur schlagartigen Wende im Juli und August 2002 – die Kontinuität.⁵²

In erster Linie verdeutlicht diese *außenpolitische* Wende, wie sehr Deutschlands außenpolitischer Handlungsspielraum in den letzten Jahren eher von *innenpolitischen* Prioritäten als von weltpolitischen Einflüssen bestimmt worden ist.⁵³ Wird noch zusätzlich die Tatsache berücksichtigt, dass Europapolitik längst Teil der Innen-

⁴⁸ Hellmann, 2002, 506 (Hervorhebung im Original).

⁴⁹ Haftendorn, 2001, 445.

⁵⁰ Risse, 2004, 24.

⁵¹ Risse, 2004, 31; S. auch Fischer & Rupp, 2005, 42-43.

⁵² Schwarz, 2005 a, 8.

⁵³ Risse, 2004, 31.

politik geworden ist,⁵⁴ so ist diese Wende in erster Linie für eine Projektion der Krise der EU auf die bundesdeutsche Außenpolitik zu halten. Z.B. die Irak-Krise, die ja eine wesentlich Ursache für die angesprochene Wende im Sommer 2002 war, war auch eine EU-interne Krise zwischen den „Eurozentristen“ und den „Atlantikern“.⁵⁵ So gesehen scheint diese Konstellation die von Michael Staack formulierte Ansicht zu bestätigen, der Schwerpunkt der deutschen Außenpolitik liege – und solle dort auch künftig liegen – in Europa und insbesondere bei der europäischen Integration.⁵⁶ Somit war und ist die „Frage der deutschen Außenpolitik[...] stets zugleich die Frage der gesamteuropäischen Ordnung“,⁵⁷ was aber nicht nur bedeutet, dass die deutsche Außenpolitik einen wesentlichen, ja zentralen Beitrag zur weiteren Entwicklung der europäischen Integration und Ordnung leistet, sondern auch, dass die Gestaltungsmöglichkeiten deutscher Außenpolitik von der gesamteuropäischen Entwicklung abhängen. Die logische Folgerung lautet, dass Deutschland sich als „Mitführungsmacht“ nur dann behaupten und seine Interessen durchsetzen könne, wenn es zusammen mit seinen wichtigsten Verbündeten das „Projekt Europa“ voranbringe und vollende.⁵⁸

Wird nun Deutschlands Russland-Politik als Teil seiner Ostpolitik und diese als Teil seiner Außenpolitik betrachtet, so ist zu der ursprünglichen Problemstellung dieser Studie zurückzukehren und zu fragen, ob die rot-grüne eine „strategische Partnerschaft“ mit Russland anstrebende Russland-Politik überhaupt in diesen breite-

⁵⁴ Hacke, 2002, 9; Risse, 2004, 26.

⁵⁵ Danilow, 2004, 16.

⁵⁶ Staack, 2000, 176; Vgl. Staack, 1998, 24.

⁵⁷ Link, 2004, 4.

⁵⁸ Haftendorn, 2001, 445.

ren Rahmen einzubetten ist. Eine solche Frage zu stellen ist um so dringlicher, weil – wie aus dem bisher Gesagten abzuleiten ist – in der Abwesenheit einer europäischen Geo- und Sicherheitsstrategie vor allem Deutschlands bilateralen Russland-Beziehungen eine *gesamteuropäische* Bedeutung zukommt. Anders ausgedrückt: Es ist keineswegs bedeutungslos, auf was für einer „Grand Strategy“⁵⁹ von Russlands Platz in der europäischen Ordnung die deutsche Ost- und Russland-Politik beruht,⁶⁰ also ob Deutschland seine auch Russland einschließende Ostpolitik als „Motor der gesamteuropäischen Politik“ (Hans-Dietrich Genscher) oder als „Anwalt“ (Klaus Kinkel) der östlichen Interessen im Rahmen der europäischen Integration versteht.

Die Russland-Politik des vereinigten Deutschland hat von Anfang an, d.h. seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Beginn der politisch-ökonomischen Transformation Russlands, auf der sicherheitsstrategischen Auffassung beruht, dass ein schwaches und instabiles Russland destabilisierende Auswirkungen auf die gesamteuropäische Ordnung und auf Europas kollektive Sicherheit haben könne. Umgekehrt formuliert lautet dieses Credo: „Nur ein partnerschaftliches Russland verleiht Europa im Osten dieselbe Stabilität wie die von den USA garantierte Sicherheit im Westen.“⁶¹ Dieser Auffassung zufolge hat Deutschland aktiv versucht, die politische und ökonomische Stabilität Russlands zu

⁵⁹ „Unter Grand Strategy wird in der Regel eine Richtungsgebung der Außen- und Sicherheitspolitik eines Landes verstanden, die von einer Analyse der internationalen Konstellation ausgehend nach den hauptsächlichen Problemen und Gefährdungen fragt und die allein oder im Zusammenwirken mit anderen Akteuren Handlungsoptionen und Instrumente politischer oder auch militärischer Natur bestimmt“ (Krause, 2005, 16).

⁶⁰ Neumann, 1996, 207; Hacke, 2003, 567.

⁶¹ Rahr, 2005, 94.

fördern, damit Russland sich zu einem verlässlichen und zur gesamteuropäischen Stabilität beitragenden Nachbarn entwickle. Auf diese Weise sollten die deutsch-russischen Beziehungen auch die europäischen Stabilitätsinteressen fördern, die – wie schon erwähnt – darauf abzielen, die EU samt ihren benachbarten Regionen zu einer gesamteuropäischen Zone des Friedens und der Stabilität zu machen.⁶²

Dass kein anderes Land so viel Verständnis für Russlands Transformationsprobleme zeigt wie Deutschland, hat seinen Grund nicht zuletzt darin, dass auch Deutschland selbst einen eigenen, schwierigen Transformationsprozess durchgemacht hat. Demzufolge überrascht es recht wenig, dass das heutige Russland, das sich immer noch in einer politisch-ökonomischen Transformationsphase befindet, annimmt, Deutschland verstehe Russlands Interessen und Probleme besser als andere Staaten, und demzufolge Deutschland für den wichtigsten Partner dieser Transformations- und Modernisierungsentwicklung hält.⁶³ Aber nicht nur das. Denn Deutschland spielt in der russischen Europapolitik und Geostrategie auch die Rolle des wichtigsten Staates – wie China in Asien –, zu dem Russland ein strategisches bzw. privilegiertes Verhältnis zu etablieren sucht, um (mehr) Einfluss auf die künftige europäische Entwicklung zu gewinnen.⁶⁴

Dass eine solche Entwicklung wenn nicht zwangsläufig, so doch wahrscheinlich und voraussehbar war, belegt die Behauptung Angela Stents in ihrem bereits 1999 erschienen Buch, in dem sie eine Fortsetzung der schon 1987 von Michail Gorbatschow etablierten, langfristig angelegten, umfassenden deutsch-russischen

⁶² S. dazu Höhmann et al., 1998; Stent, 2000, 416; Hacke, 2002.

⁶³ Höhmann et al., 1998, 27; Hacke, 2002, 9.

⁶⁴ Kolossov & Turovsky, 2001, 158.

(damals noch deutsch-sowjetischen) Partnerschaft⁶⁵ prognostizierte:

Sobald Deutschland sich von der Wiedervereinigung vollständig erholt hat und Russland auf seinem steinigen Weg vorankommt, werden sich die deutsch-russischen Beziehungen verbessern, wird der wirtschaftliche und politische Austausch zunehmen und das deutsch-russische Verhältnis ausgeglichener werden. Aber solange Russland nur mit einem Bein in Europa steht, wird sich die deutsche Politik weiterhin darauf konzentrieren, den Aufbau Ostmitteleuropas zu fördern, und sich Russland gegenüber vorsichtig verhalten. Zumindest für das nächste Jahrzehnt ist damit zu rechnen, dass die deutsch-russische Zusammenarbeit vor dem Hintergrund anhaltender deutscher Besorgnisse über die russische Stabilität fort dauern wird.⁶⁶

Gemäß dieser auf die gegenwärtige Lage projizierten Prognose sollte sich Deutschland, – das sowohl innen- als auch außenpolitisch weit von einer „vollständigen“ Erholung von der Wiedervereinigung entfernt ist⁶⁷ – gegenüber Russland, – das wiederum eher Regressionen als Fortschritte in der Demokratisierung auszuweisen hat⁶⁸ und, indem es weltweit nach Partnern für künftige strategische Dreiecke sucht, „nur mit einem Bein in Europa“ steht –, vorsichtig verhalten und dagegen den weiteren Aufbau und die Konsolidierung Osteuropas fördern.

Angesichts der Entwicklung seit der Jahrtausendwende spricht recht wenig für ein solches osteuropäisches Engagement, das Stent als Fortsetzung der ostpolitischen Tradition der Bundesre-

⁶⁵ Biermann, 1998, 781.

⁶⁶ Stent, 2000, 417.

⁶⁷ Golz, 2005.

⁶⁸ S. u.a. Elo & Elo, 2005.

publik prognostizierte. Dagegen dominierten in der Europapolitik der Regierung Schröder/Fischer die Westorientierung und innenpolitische Interessen; die Staaten Mittel- und Osteuropas wurden weitgehend, zugunsten Russlands, vernachlässigt.⁶⁹ Wenn ausgerechnet Deutschland heute zum Exporteur von Sicherheit (politisch, wirtschaftlich, ökologisch und erst zuletzt militärisch) nach Russland geworden ist,⁷⁰ so ist dies weniger auf eine weitsichtige Strategie, als vielmehr auf die Konzeptlosigkeit der uferlosen Erweiterung der EU bis tief in das Gebiet hinein, das Russland als „nahes Ausland“ betrachtet, zurückzuführen. Angesichts der am 1. Mai 2004 bis hin zur Westgrenze Russlands vorgeschobenen Wohlstandsgrenze zwischen der EU und ihren östlichen Nachbarstaaten ist es jedoch nicht einsichtig, wie die angeblich „in Europas Interesse“ handelnde Schrödersche Politik Russland „das Gefühl“ vermitteln sollte, „dass Europa keine Hegemonialbestrebungen auf postsowjetischem Raum hegt, sondern eine Anbindung Russlands und anderer GUS-Staaten an das demokratische Europa wünscht“.⁷¹ Wenn der GUS-Raum einer der wichtigsten Orientierungspunkte der russischen Außenpolitik ist und die Vertiefung der Beziehungen zu den GUS-Staaten „die Möglichkeiten zur Schaffung gemeinsamer Aktionsfelder durch Russland und die EU“ *einengt*,⁷² so kann die auf „eine pragmatische Interessengemeinschaft“⁷³ abzielende rot-grüne Russland-Politik strate-

⁶⁹ Hacke, 2002, 9.

⁷⁰ S. dazu auch Staack, 1998, 17.

⁷¹ Rahr, 2005, 94.

⁷² Danilow, 2004, 12-13.

⁷³ So behauptet Rahr, 2005, 94.

gisch nur höchst bedenklich erscheinen.⁷⁴ Hier stellt sich die Frage, wie eine solche ostpolitische Gratwanderung zu erklären ist.

Für eine plausible Antwort auf diese Frage spielt die deutsch-russische „strategische Partnerschaft“ – eine Schöpfung der rot-grünen Regierung – eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die erst nach dem Machtwechsel in Berlin eingeläutete Anlaufphase einer Erweiterung der bereits existierenden deutsch-russischen Partnerschaft in Richtung „strategischer Partnerschaft“ ist zeitlich einerseits mit dem bereits erwähnten „Partnership and Co-operation Agreement“ (1997) und der „Gemeinsamen Strategie der Europäischen Union für Russland“⁷⁵ vom 4. Juni 1999, andererseits mit dem Machtwechsel im Kreml an der Jahreswende 1999/2000⁷⁶ zu verbinden. Die EU-Strategiepapiere boten Schröder eine institutionelle, ja europäische Rückendeckung, so dass er, als zwischen ihm und Putin – genauso wie damals zwischen Kohl und Gorbatschow – eine feste Freundschaft entstand, die sich politisch instrumentalisieren ließ, zumindest rhetorisch behaupten könnte, Deutschlands Russland-Politik werde im Rahmen des gemeinsamen Strategiepapiers der EU und somit nach dem *In-dubio-pro-Europa*-Prinzip gestaltet. Im Zusammenhang mit dem 30. Jahrestag des Moskauer Vertrags im Jahre 2000 konnte Schröder die „strategische Partnerschaft“ sogar als Moment der Kontinuität zur Ostpolitik Willy Brandts darstellen.⁷⁷

Auch im weiteren Verlauf ist die „strategische Partnerschaft“ mehr Rhetorik als Tat geblieben. Zwar taucht der Begriff regelmäßig vor allem in den auf Russland bezogenen Erklärungen und

⁷⁴ Speckmann, 2005, 33.

⁷⁵ Die Europäische Union, 1999.

⁷⁶ S. dazu Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 2000 b.

⁷⁷ S. dazu Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 2000 a.

Reden der Bundesregierung auf,⁷⁸ wird aber kaum mit konkreten Inhalten gefüllt. Die einzigen konkreten Schritte, die sich – wird eine strategische Partnerschaft umfassend verstanden – in den Rahmen dieser bilateralen Partnerschaft einbetten lassen, sind die „Erklärung zur strategischen Partnerschaft in Bildung, Forschung und Innovation“ sowie die Vereinbarung über den Bau einer Erdgaspipeline von Russland nach Deutschland durch die Ostsee, ein Übereinkommen, das seitens der baltischen Staaten und Polens heftig kritisiert worden ist. Im Vergleich zur angeblich zentralen Bedeutung der „strategischen Partnerschaft“ in den deutsch-russischen Beziehungen sind ihre konkreten Ergebnisse bestenfalls als dürftig zu bewerten.

Dennoch scheint es, dass die *politisch-strategische* Position der „strategischen Partnerschaft“ eine Rolle spielt, die über die dürftigen konkreten Ergebnisse deutlich hinausgeht. Im großen und ganzen ist die „strategische Partnerschaft“ als eine *vom Ziel aus* definierte Initiative, die vor allem Russland helfen sollte, „enge Beziehungen Russlands mit der Europäischen Union (EU) aufzubauen“.⁷⁹ Nun aber ist Russlands Bestreben, seine künftigen Beziehungen zur EU in einem leicht paradoxen Dreieck, das aus Russland, Deutschland und der EU besteht, und eben *nicht* im Rahmen einer vergemeinschafteten EU-Ostpolitik aufzubauen, auf jene (historische) Konstellation zurückzuführen, in der Deutschland die Rolle eines Mittlers zwischen Ost und West zu übernehmen versuchte.⁸⁰ Eine solche Konstellation unterstützt Russlands Streben nach privilegierten Partnerschaften mit *einigen* (starken) EU-Mitgliedstaaten, *nicht aber mit der EU*, sowie nach

⁷⁸ S. u.a. Bundesregierung, 2001, 2003 c, 2004 a, b, c, 2005.

⁷⁹ So in: Bundesregierung, 2004 a.

⁸⁰ Schwarz, 2005 a, 12-13.

Vermeidung konkreter, *verbindender* Vereinbarungen, um möglichst viele geostrategische Optionen offen zu halten.

Damit sind wir aber wieder zum Kernpunkt – ja, dem Kernproblem – zurückgekehrt: Die „Hauptverantwortung für ein künftiges geeintes Europa liegt vor allem bei Deutschland.“⁸¹ In einer Situation der inneren Zerstrittenheit der EU bezüglich der Zukunft ihrer vergemeinschafteten Russland- und Ostpolitik ist anzunehmen, dass auch künftig die bilaterale deutsch-russische Partnerschaft zusätzlich an Bedeutung gewinnen wird. Mit anderen Worten: Russland scheint nach einer Situation zu streben, in der die *deutsch-russische* „strategische Partnerschaft“ zum Drehpunkt der Beziehungen zwischen der EU und Russland wird und Russland den Anspruch auf Mitsprache, ja sogar auf Führung in europäischen Angelegenheiten erheben kann. Dabei würde Deutschland die Interessenvertretung in *beide* Richtungen, d.h. die Brückenfunktion übernehmen, was Russland – über Deutschland – Einfluss auf die weitere Gestaltung der europäischen Architektur garantieren und Russland vor seiner geopolitischen Verwundbarkeit schützen soll.

In dieser Situation ist daran zu erinnern, „eine Erweiterung des außenpolitischen Handlungsspielraums[...] sollte sich] nicht außer-, sondern innerhalb der eingegangenen Bindungen vollziehen“⁸², was nichts anderes heißt, als dass „[e]ine erfolgreiche Politik im Rahmen der EU [...] generell die Voraussetzung für eine konstruktive Außenpolitik Deutschlands“⁸³ ist. Die *neue* Ostpolitik ist in diesem Zusammenhang der wohl wichtigste Indikator für die Rolle Europas in der Außenpolitik des vereinigten Deutsch-

⁸¹ Hacke, 2003, 567.

⁸² Staack, 1998, 14.

⁸³ Link, 2004, 5.

land.⁸⁴ Dies bedeutet zugleich, dass eine aktive deutsche Russland-Politik *an sich* keineswegs negativ zu bewerten ist, vorausgesetzt, sie wird in einen ostpolitischen Rahmen eingebettet, in dem Deutschland mit Blick nach Osten, „und sich zugleich nach Westen vergewissernd“, handelt – im europäischen Interesse.⁸⁵ In Bezug auf diese Rahmenbedingungen soll abschließend auf einen zentralen Problemkomplex eingegangen werden, der angesichts der oben beschriebenen *in erster Linie bilateralen* deutsch-russischen „strategischen Partnerschaft“ als relevant erscheint.

Dieser Problemkomplex betrifft die Tatsache, dass sich die deutsch-russische „strategische Partnerschaft“ vorwiegend an nationalen, und erst zweitrangig (wenn überhaupt) an europäischen Interessen orientiert. Die bilateralen Vereinbarungen sind nicht europäisch eingebettet, sondern betreffen – wie die Erdgaspipeline zeigt – deutsche Interessen und verdeutlichen vor allem die wachsende Lücke zwischen den deutschen außenpolitischen Ambitionen, mit dem „Projekt Europa“ das Fernziel „Weltmacht“ einzukleiden, und dem Desinteresse der europäischen Partner Deutschlands, immer weitreichendere Souveränitätsrechte des eigenen Staates zur Disposition zu stellen.⁸⁶ Besonders problematisch erschien in diesem Zusammenhang das offenkundige Desinteresse der Regierung Schröder/Fischer an den Staaten Mittel- und Osteuropas – als hätte die EU-Osterweiterung die Gestaltung eines politischen Verhältnisses zu ihnen unnötig gemacht – eine Politik der Nicht-Politik, die sich bestenfalls als unklug bezeichnen lässt, zugleich aber die Abwesenheit einer „Grand Strategy“ offenbart. Der wachsenden Skepsis dieser Staaten wurde eben nicht mit dem Versuch begegnet, das „Projekt Europa“ zusammen

⁸⁴ Nagengast, 1998, 305.

⁸⁵ Hacke, 2003, 568.

⁸⁶ Schwarz, 2005 b, 47-48.

mit europäischen Partnern neu zu definieren, sondern die rot-grüne Regierung suchte ihr Heil in europapolitischen Alleingängen. In dieser Hinsicht steht die rot-grüne Ostpolitik in schrillum Widerspruch zur traditionellen Ostpolitik à la Brandt, deren entscheidender, geostrategischer Kern aus guten Beziehungen zu *allen* Staaten Mittel- und Osteuropas sowie zur Sowjetunion *im Interesse Europas* bestand.

Nun könnte natürlich angemerkt werden, dass die „strategische Partnerschaft“ weder geostrategisch noch konzeptionell in die europäische Ostpolitik eingebettet werden kann, da die EU über keine Geostrategie und über keine vergemeinschaftete Ostpolitik verfüge. Eine solche Bemerkung ist richtig, aber: in dieser Situation sollte eine deutsche, *europäisch* denkende Bundesregierung eben die *europäische* Aufgabe aufgreifen, „fest im Westen verankert, als Brücke zwischen Ost und West zu vermitteln“,⁸⁷ um die politisch-geostrategische Schiefelage wieder auszugleichen. Jede Bundesregierung muss der Tatsache gemäß handeln, dass „[g]eostrategisch, wirtschaftsgeographisch, auch historisch[...] Deutschland nun einmal in der Mitte Europas [liegt]“.⁸⁸ Da die gemeinsame Russland-Politik sich schon jetzt als einer der empfindlichsten Konflikthanlässe in der EU erweist, ist die rot-grüne Ostpolitik keineswegs als ein „Motor der gesamteuropäischen Politik“, sondern als eine „Agentur“ für Russlands (geopolitische) Interessen zu betrachten und damit – eine Fortsetzung von Emil Nagengasts Gedanken (Anm. 84) – als Indikator für die *geringere* Rolle Europas in der deutschen Außenpolitik, was wiederum die Aussichten für eine konstruktive Europapolitik Deutschlands trübt.

⁸⁷ Hacke, 2003, 567.

⁸⁸ Schwarz, 2005 a, 13.

Der zweite Anlauf zum Aufbau einer „strategischen Partnerschaft“ mit Russland auf der *bilateralen* deutsch-russischen Ebene verdeutlicht unmissverständlich, wie kläglich die ehrgeizige Vision, eine Partnerschaft mit Russland auf der EU-Ebene, an bekannten Realitäten, d.h. an der inneren Zerstrittenheit der EU in Bezug auf eine vergemeinschaftete Ostpolitik, gescheitert ist. Jedoch kommt man nicht um die Erkenntnis herum, dass sich die rot-grüne „Lösung“, sich als Partner Russlands und als Anwalt russischer Interessen innerhalb der EU zu etablieren, nur schwer mit dem *europazentrierten Multilateralismus* deutscher Außenpolitik zu vereinbaren lässt. Hier ist ernsthaft zu fragen, inwieweit sich das rot-grüne außenpolitische Duo überhaupt bewusst war, dass Putin außenpolitisch näher bei Gorbatschow als bei Jelzin steht und somit längst die Abkehr von Jelzins Multilateralismus vollzogen hat. Eine schlüssige Antwort auf diese Frage lässt sich leider nicht finden.

Ein weiterer Punkt ist, dass die rot-grüne Regierung anscheinend versuchte, der ostpolitisch und vor allem russlandpolitisch festgefahrenen EU einen dynamischen, integrationspolitischen Impuls zu geben, indem Deutschland Anschluss an Frankreich in dieser Frage anstrebte. Zwar hat die Geschichte der europäischen Integration bewiesen, dass ein solcher dynamischer Impuls immer dann möglich wurde, wenn Deutschland und Frankreich ihre Differenzen ausgleichen konnten,⁸⁹ zugleich scheint die bisherige Entwicklung auf der Achse Paris-Berlin-Moskau eher das Bestreben *Russlands*, ein strategisch kooperierendes Dreieck mit dem wichtigsten Staat (Deutschland) und einem anderen starken Staat (Frankreich) in Europa aufzubauen, zu unterstützen und zu begünstigen,⁹⁰ indessen aber auch das Misstrauen gegenüber

⁸⁹ von Bredow, 2003, 7.

⁹⁰ Kolossov & Turovsky, 2001, 158. S. dazu auch Bundesregierung, 2003 a,b.

Deutschland zu erhöhen.⁹¹ Die heutige Lage, in der sich Deutschland im Rahmen der deutsch-russischen „strategischen Partnerschaft“ als Vermittler der Interessen Russlands in der EU versteht und Deutschland und Frankreich innerhalb der EU als Motor der Integration gelten, könnte für *Russland* kaum günstiger sein: Es ist seinem wohl wichtigsten europapolitischen Ziel – der Vermeidung des Ausschlusses aus geostrategischen Entscheidungen – einen wesentlichen Schritt näher gekommen.

⁹¹ Neuss, 2005.

Schlussbetrachtung

Diese kleine Studie über die deutsch-russische „strategische Partnerschaft“ ist der Frage in einem deutsch-europäisch-russischen Kontext nachgegangen, ob die rot-grüne Regierung „im europäischen Interesse“ gehandelt oder bloß „eine kurzsichtige Strategie“ verfolgt habe, d.h. inwieweit sich diese vorwiegend bilaterale Partnerschaft einerseits in die ostpolitische Tradition Deutschlands, andererseits in das Bestreben der EU, eine vergemeinschaftete Außenpolitik zu konstruieren, einbetten lässt. Es wurde behauptet, dass infolge des „großen Wurfs“, der Osterweiterung der EU um zehn neue Mitglieder am 1. Mai 2004, das „Projekt Europa“ keineswegs als abgeschlossen gilt, sondern heute mehr denn je einer konsequenten und adäquaten Ostpolitik der EU bedarf. Mit anderen Worten: Im Gegensatz zu der bisher betriebenen uferlosen Erweiterung ohne geostrategischen Kompass sollte künftig der Entwurf einer „Grand Strategy“ der EU die oberste Priorität haben, denn nur auf deren Grundlage lässt sich die Vertiefung der strukturellen Integration sowohl innerhalb der EU als auch mit allen benachbarten Staaten – also auch mit Russland – erfolgreich gestalten. Diese Zielsetzung im Auge behaltend können die wichtigsten Ergebnisse dieser Studie in den folgenden drei Punkten zusammengefasst werden.

Erstens: die russische Außen- und Westpolitik orientiert sich an geostrategische Interessen, die auf die Konzeption der Geopolitik der Verwundbarkeit zurückzuführen sind. Die wohl wichtigste Triebfeder der russischen Außenpolitik zielt auf die Vermeidung des Ausschlusses aus geostrategisch wichtigen Gestaltungsprozessen, welches Ziel Russland – wie die NATO-Osterweiterung verdeutlichte – mit einer Doppelstrategie von Kooperation und Markierung von Gegenpositionen zu erreichen versucht. Indem Russland kein Europa ausschließlich auf der Grundlage der EU

akzeptieren wird, zielt diese Strategie auf die Herstellung eines partnerschaftlichen strategischen Dreiecks zwischen Moskau, dem wichtigsten Akteur und einem anderen starken Akteur auf dem Feld wirtschaftlicher, politischer und sicherheitspolitischer Integration ab. Dass es auch heute einen kausalen Nexus zwischen Geopolitik und Integration im russischen außenpolitischen Denken gibt, verdeutlicht die Tatsache, dass Russland die EU – im Unterschied zur NATO – erst seit einigen Jahren als strategisch bedeutenden regionalen Akteur wahrnimmt, über den Russland die Möglichkeit haben kann, seinen Einfluss auf das geostrategisch bedeutende Mittel- und Osteuropa – und damit gegenüber der NATO – zu stärken. Trotz dieses Wahrnehmungswandels stellt die EU für Russland *keinen* kohärenten Akteur, sondern einen Staatenbund aus Staaten unterschiedlicher Bedeutung dar, welche Tatsache sich heute in den Beziehungen Russlands zu Deutschland und Frankreich niederschlägt, die zusammen als Motor für die weitere Gestaltung der EU gelten.

Zweitens: eine solche russische West- und Europapolitik stellt eine Herausforderung für die EU dar. Je stärker die EU eine vergemeinschaftete Außen- und Sicherheitspolitik anstrebt, desto mehr wird sie in der russischen Westpolitik als geostrategischer Akteur an Bedeutung gewinnen. Sollte die EU weiterhin versuchen, die GASP *ohne* eine adäquate „Grand Strategy“ der EU gegenüber Russland forciert voranzutreiben, so ist eine Zunahme von Diskrepanzen und die Verschärfung der Asymmetrie auf der Ebene Russland-EU vorprogrammiert. Und dies aus einem einfachen Grund. Die GASP stellt eine politische Zwiebel dar, die sowohl die Ostpolitik als auch die Russlandpolitik der EU miteinschließt. Mit anderen Worten: Wenn das künftige Europa sich nicht gegen Russland, sondern nur mit Russland verwirklichen will, kann die vergemeinschaftete Russlandpolitik der EU nur in eine vergemeinschaftete Ostpolitik eingebettet sein, die wiederum in die vergemeinschaftete Außenpolitik eingebettet ist, der – wie schon

gesagt – eine ausgearbeitete „Grand Strategy“ zugrunde liegt. Gerade weil es im Lichte der Ergebnisse dieser Studie eher fragwürdig erscheint, ob die EU in der absehbaren Zukunft überhaupt in der Lage sein wird, eine vergemeinschaftete Russland-Politik zu konzipieren, kann die Bedeutung einer gemeinsamen „Grand Strategy“ kaum überbetont werden. Eine adäquate „Grand Strategy“ ist das effektivste Mittel, dem Erstarken destabilisierender, reaktionärer Denkmuster in der russischen Europapolitik und somit einem Wachsen der Asymmetrie in den Beziehungen zwischen der EU und Russland entgegen zu wirken.

Und was schließlich, drittens, die Frage nach der Einbettung der deutsch-russischen „strategischen Partnerschaft“ in die europäische und deutsche Ostpolitik betrifft, so lässt sich diese Partnerschaft nur bedingt als Dreh- und Angelpunkt der russischen und europäischen Entwicklungslinien bezeichnen. Vor allem ist darauf hinzuweisen, dass die „strategische Partnerschaft“ einen nicht unbedeutenden Bruch mit der bisherigen Tradition deutscher Ost- und Europapolitik zu markieren scheint. Haben die Vorgängerregierungen Deutschlands Hauptaufgabe für die künftige Gestaltung Europas in seiner Rolle als Vermittler und ausgleichende Kraft zwischen Ost und West und als Motor der europäischen Integration in dem multilateralen Gewebe gesehen, so übernahm Bundeskanzler Schröder die Rolle eines aktiven Gestalters der europäisch-russischen Beziehungen und des Anwalts der Interessen Russlands innerhalb der EU.

Aus diesem Grund ist auch die Vorstellung, die „strategische Partnerschaft“, deren Formierung zeitlich sowohl mit dem Machtwechsel im Kreml und der damit verbundenen Neuorientierung russischer Außenpolitik als auch mit der internen ost- und russlandpolitischen Krise der EU verbunden ist, sei eine Art „Ersatzkonzeption“ für die nicht-existierende EU-Ostpolitik, als schlicht irreführend abzulehnen. Der „strategischen Partnerschaft“

liegt *kein* erkennbares ostpolitisches bzw. geostrategisches Konzept zugrunde, sie ist in erster Linie als taktisches, ökonomisch-administratives Mittel zur Verwirklichung der *nationalen* – vor allem wirtschaftlichen – Interessen Deutschlands zu bewerten.

Zusammenfassend lässt sich behaupten, dass in der heutigen Situation die deutsch-russische „strategische Partnerschaft“ zugunsten der geostrategischen Interessen Russlands und auf Kosten des Versuchs, eine vergemeinschaftete Außenpolitik (die ja die EU-Ostpolitik mit einschließt) zu konzipieren, wirkt. Die fast völlige Vernachlässigung Mittel- und Osteuropas, die sich in der Gleichsetzung der rot-grünen Ostpolitik mit ihrer Russlandpolitik ausdrückt, und die daraus folgende *Überbetonung* russischer Interessen für die weitere Gestaltung Europas hat den inneren Streit der EU eher verschärft als geschlichtet. Als positiv ist jedoch zu bewerten, dass die deutsch-russische „strategische Partnerschaft“ anscheinend dazu beigetragen hat, dass Russland den Anschluss an Europa nicht verloren hat und darüber hinaus nicht mehr (so sehr) befürchtet, aus geostrategisch wichtigen europäischen Prozessen – gemeint sind vor allem die GASP und ESVP – ausgeschlossen zu werden. Dieser Aspekt sollte jedoch nicht überbewertet werden. Denn eine Partnerschaft bedarf einer gemeinsamen Agenda und des Willen beider Seiten, diese Kooperationsbeziehung einzugehen. Heute wird diese Agenda von russischen und deutschen Interessen und Problemen dominiert, wobei die deutschen Interessen nicht europäisch, sondern ökonomisch-national definiert sind. Bei Rot-Grün war eben keine „Grand Strategy in Europas Interesse“, sondern nur kurzsichtiges taktisches *Ad-hoc*-Handeln erkennbar. Auch die Motive waren verschieden. Während Russland einen *unverbindlichen* Einfluss auf die weitere Gestaltung der EU erreichen will, hat Deutschland Wirtschaftsinteressen auf dem russischen Markt und braucht einen sicheren Energielieferanten. Die Folge ist eine wachsende Abhängigkeit Deutschlands von Russland, die sich verschärfend

auf die bereits existierenden Asymmetrien der Beziehungen zwischen der EU und Russland auswirkt. Falls man im Auswärtigen Amt noch nie von „wirtschaftlichen Sanktionen“ gehört hat, sollte man schleunigst auf entsprechende Literatur zurückgreifen.

Abschließend soll, unter Berücksichtigung des Regierungswechsels in Deutschland, noch eine Zukunftsperspektive angesprochen werden. Die rot-grüne Regierung hinterlässt keine klare europa- und ostpolitische bzw. geostrategische Landschaft. Wenn die große Koalition unter Bundeskanzlerin Angela Merkel die angekündigte Abkehr von der Schröderschen Außenpolitik vollziehen will,⁹² so wäre sie gut beraten, die Ausarbeitung einer *gesamteuropäischen* Geostrategie („Grand Strategy“) als Voraussetzung für eine solche Neuorientierung anzusehen. Eine sofortige Abkehr von Russland und eine wachsende Distanz könnte dagegen negative Auswirkungen haben, weil dies aller Wahrscheinlichkeit nach zum Erstarken reaktionärer Denkmuster in der russischen West- und Europapolitik führen würde. Eine deutsche Außenpolitik, der eine ausgearbeitete, auch die russischen Interessen berücksichtigende gesamteuropäische „Grand Strategy“ zugrunde läge, würde Deutschland wieder als ein Land zur Geltung bringen, das eine fest im Westen verankerte Brücke zwischen Ost und West darstellen könnte, mit einer Politik, die *in dubio pro Europa* vermitteln und damit die entstandenen Asymmetrien wieder ausgleichen sollte.

⁹² Der Spiegel, 2005. S. dazu auch Schwarz, 2005 a, insbes. 11ff.

Literaturverzeichnis

Adomeit, Hannes (2002), Rußland - Von der „euroatlantischen“ über die „nationalpatriotische“ Orientierung zum „europäisch-atlantischen“ Kurs, in: Mir A. Ferdowsi (ed.) Internationale Politik im 21. Jahrhundert, 2 ed., München, W. Fink, 181-202.

Baur, Johannes (2001), Zurück zur Großmacht, in: Hans-Hermann Höhmann & Hans-Henning Schröder (Hrsg.) Russland unter neuer Führung: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts, Münster, Agenda-Verlag, Agenda Zeitlupe, 97-106.

Biermann, Rafael (1998), Zwischen Kreml und Kanzleramt: wie Moskau mit der deutschen Einheit rang, Paderborn, Schöningh (Studien zur Politik; Bd. 30).

von Bredow, Wilfried (2003), Neue Erfahrungen, neue Maßstäbe. Gestalt und Gestaltungskraft deutscher Außenpolitik, Internationale Politik, 58(9), 1-11.

Bundesregierung (2001), Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder zur Eröffnung der Hannover-Messe am 22. April 2001 in Hannover, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 28-1.

Bundesregierung (2003 a), Deutschland, Frankreich und Russland legen neue Vorschläge zur friedlichen Entwaffnung des Irak vor, Bundesregierung Online [online]: 24. Februar, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/-,9737.468908/Artikel/dokument.htm>, Stand: 18. November 2005.*

Bundesregierung (2003 b), Gemeinsame Erklärung von Russland, Deutschland und Frankreich vom 5. März 2003, Bundesregierung Online [online]: 5. März, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/-,413.470338/Artikel/dokument.htm>, Stand: 18. November 2005.*

Bundesregierung (2003 c), Rede von Bundesministers des Auswärtigen, Joschka Fischer, zur NATO-Osterweiterung vor dem Deutschen Bundestag am 5. Juni 2003 in Berlin, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 45-1.

- Bundesregierung* (2004 a), Ausbau der deutsch-russischen Beziehungen auf allen Gebieten vereinbart, Bundesregierung Online [online]: 21. Dezember, http://www.bundesregierung.de/Politikthemen/Familie_-Kinder-und-Jugend/Nachrichten-,712.763157/artikel/Ausbau-der-deutsch-russischen-.htm, Stand: 2. September 2005.*
- Bundesregierung* (2004 b), Bundeskanzler Schröder: Die deutsch-russischen Beziehungen waren noch nie so gut, Bundesregierung Online [online]: 8. Juli, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/-,413.680598/Artikel/dokument.htm>, Stand: 2. September 2005.*
- Bundesregierung* (2004 c), Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder auf dem Symposium zu Ehren von Helmut Schmidt „Globalisierung der Märkte – 30 Jahre nach Rambouillet“ am 4. Mai 2004 in Berlin, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 46-4.
- Bundesregierung* (2005), Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder zur Eröffnung der Hannover-Messe am 10. April 2005 in Hannover, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 27-2.
- Czempiel, Ernst-Otto* (2000), Determinanten zukünftiger deutscher Außenpolitik, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 24, 13-21.
- Danilow, Dmitrij* (2004), Russlands Interessen. Pragmatismus und Suche nach Balancen, *Internationale Politik*, 59(3), 11-17.
- Der Spiegel* (2005), Kurswechsel auf Samtpfoten, *Der Spiegel*, 44, 19.
- Die Europäische Union* (1997), Agreement on Partnership and Cooperation, The EU's relations with Eastern Europe & Central Asia [online]: http://europa.eu.int/comm/externalrelations/ceeca/pca/pca_russia.pdf, Stand: 3. Oktober 2005.*
- Die Europäische Union* (1999), Common Strategy of the European Union of 4 June 1999 on Russia (1999/414/CFSP), *Official Journal of the European Communities*, 24. Juni, L157/1-L157/9.
- Elo, Kimmo & Elo, Piia* (2005), From Totalitarianism to Democracy? A theoretical note on Russia's political development, in:

Kimmo Elo & Katja Ruutu (eds.) *Russia and the CIS Janus-faced Democracies*, Helsinki, Kikimora (Aleksanteri Papers 2:2005), 52-68.

Fedorov, Yury E. (2005), *Russia's Foreign Policy: Basic Trends under President Putin*, in: Hanna Smith (ed.) *Russia and Its Foreign Policy*, Helsinki, Kikimora (Kikimora Publications B33), 9-34.

Fischer, Jochen & Rupp, Hans Karl (2005), *Deutsche Vergangenheit und NS-Vergangenheit*, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 40, 41-46.

Golz, Hans-Georg (2005), *Editorial*, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 40, 2.

Guérot, Ulrike & Witt, Andrea (2004), *Europas neue Geostrategie*, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 17, 6-12.

Götz, Roland (2004), *Komfortable Hausmacht. Russland nach Putins Durchmarsch*, *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 3, 337-347.

Hacke, Christian (2002), *Die Außenpolitik der Regierung Schröder/Fischer: Zwischenbilanz und Perspektiven*, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 48, 7-15.

Hacke, Christian (2003), *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder*, Frankfurt/Main - Berlin, Ullstein.

Hacke, Christian (2005), *Neudeutscher Wilhelminismus*, *Internationale Politik*, 60(8), 56-61.

Haftendorn, Helga (1989), *Außenpolitische Prioritäten und Handlungsspielraum. Ein Paradigma zur Analyse der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, *Politische Vierteljahresschrift*, 30(1), 32-49.

Haftendorn, Helga (2001), *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung*, Stuttgart - München, dva.

- Heikka, Henrikki* (2005), Uutta etsimässä. Bushin toinen kausi ja transatlanttinen yhteistyö, Helsinki, Finnish Institute of International Affairs (Briefing Paper 3).
- Hellmann, Gunther* (2002), Sag beim Abschied leise Servus! Die Zivilmacht Deutschland beginnt, ein neues „Selbst“ zu behaupten, Politische Vierteljahresschrift, 43(2), 498-507.
- Hellmann, Gunther* (2003), Agenda 2020. Krise und Perspektive deutscher Außenpolitik, Internationale Politik, 58(9), 39-50.
- Höhmman, Hans-Hermann, Meier, Christian & Timmermann, Heinz* (1998), Russia and Germany in Europe: Recent Trends in Political and Economic Relations, Journal of Communist Studies and Transition Politics, 14(3), 24-57.
- Knüpling, Felix* (2005), Vom Balkan bis zum Hindukusch. Rotgrüne Außenpolitik vor neuen Herausforderungen, Dialog, 69-70, 22-25.
- Kolossov, Vladimir & Turovsky, Rostislav* (2001), Russian Geopolitics at the Fin-de-siecle, Geopolitics, 6(1), 141-164.
- Krause, Joachim* (2005), Auf der Suche nach einer Grand Strategy, Internationale Politik, 60(8), 16-25.
- Link, Werner* (2004), Grundlinien der außenpolitischen Orientierung Deutschlands, Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11, 3-8.
- Lowe, James* (1981), Geopolitics and War: Mackinder's Philosophy of Power, Washington, DC, University Press of America.
- Mackinder, Sir Halford J.* (1950), Democratic ideals and reality: a study in the politics of reconstruction, New York, Henry Holt.
- Mauß, Hanns W.* (2003), Auf leisen Sohlen aus der Außenpolitik, Internationale Politik, 58(9), 19-30.
- Mauß, Hanns W.* (2004), „Normalisierung“ oder Auszehrung? Deutsche Außenpolitik im Wandel, Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11, 17-23.

- Nagengast, Emil* (1998), Germany's new Ostpolitik and the ideology of multilateralism, *International Politics*, 35(3), 305-331.
- Neumann, Iver B.* (1996), *Russia and the idea of Europe. A study in identity and international relations*, London, Routledge.
- Neuss, Beate* (2005), Schröder verfolgt eine kurzsichtige Strategie, *Internationale Politik*, 60(1), 95.
- Peters, Dirk* (2001), The debate about a new German foreign policy after unification, in: Volker Rittberger (ed.) *German foreign policy since unification. Theories and case studies*, Manchester, Manchester University Press, 11-33.
- Presse und Informationsamt der Bundesregierung* (2000 a), Bundeskanzler Gerhard Schröder würdigt Moskauer Vertrag von 1970, *Pressemitteilungen*, Nr. 400.
- Presse und Informationsamt der Bundesregierung* (2000 b), Glückwunschtelegramm von Bundeskanzler Gerhard Schröder an den Präsidenten der Russischen Föderation, Herrn Wladimir W. Putin, *Pressemitteilungen*, Nr. 127.
- Rahr, Alexander* (2004), Der kalte Frieden. Putins Russland und der Westen, *Internationale Politik*, 59(3), 1-10.
- Rahr, Alexander* (2005), Schröder handelt in Europas Interesse, *Internationale Politik*, 60(1), 94.
- Reiter, Erich* (2004), Die Sicherheitsstrategie der EU, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 3-4, 26-31.
- Risse, Thomas* (2004), Kontinuität durch Wandel: Eine "neue" deutsche Außenpolitik?, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 11, 24-31.
- Schwarz, Hans-Peter* (2005 a), Das Ende der Übertreibungen, *Internationale Politik*, 60(8), 8-15.
- Schwarz, Hans-Peter* (2005 b), Republik ohne Kompass, *Internationale Politik*, 60(1), 46-53.

- Schöllgen, Gregor* (1999), Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland: von den Anfängen bis zur Gegenwart, München, Beck.
- Schöllgen, Gregor* (2000), Zehn Jahre als europäische Großmacht. Eine Bilanz deutscher Außenpolitik seit der Vereinigung, Aus Politik und Zeitgeschichte, B 24, 6-12.
- Schöllgen, Gregor* (2004), Die Zukunft der deutschen Außenpolitik liegt in Europa, Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11, 9-16.
- Smith, Hanna* (2005), Russia and the European Union, in: Hanna Smith (ed.) Russia and Its Foreign Policy, Helsinki, Kikumora (Kikumora Publications B33), 125-142.
- Smith, Martin A. & Timmins, Graham* (2001), Russia, NATO and the EU in an Era of Enlargement: Vulnerability or Opportunity?, Geopolitics, 6(1), 69-90.
- Speckmann, Thomas* (2005), Friedensmacht und Waffenbruder, Internationale Politik, 60(8), 26-37.
- Spykman, Nicholas John* (1944), The geography of the peace, New York, Harcourt Brace.
- Staack, Michael* (1998), Großmacht oder Handelsstaat? Deutschlands außenpolitische Grundorientierungen in einem neuen internationalen System, Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12, 14-24.
- Staack, Michael* (2000), Abschied vom „Frontstaat“. Deutschlands veränderte Außen- und Sicherheitspolitik, in: Roland Czada & Hellmut Wollmann (Hrsg.) Von der Bonner zur Berliner Republik. 10 Jahre Deutsche Einheit, Wiesbaden, Westdeutscher Verlag (Leviathan Sonderheft Nr. 19), 159-179.
- Stent, Angela* (2000), Rivalen des Jahrhunderts. Deutschland und Rußland im neuen Europa, Berlin - München, Propyläen.
- Timmermann, Heinz* (2003), Russlands Außen- und Sicherheitspolitik: Die europäische Richtung, Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16-17, 22-30.

Umbach, Frank (2004), Die zweite Runde der NATO-Osterweiterung aus der Sicht Russlands, in: August Pradetto (Hrsg.) Die zweite Runde der NATO-Osterweiterung. Zwischen postbipolarem Institutionalismus und offensivem Realismus, Frankfurt/Main, Peter Lang (Strategische Kultur Europas, Bd. 2), 279-317.

Weidenfeld, Werner, Eric von Breska, Petra Brunner, Martin Brunsis, Josef Janning & Barbara von Ow (1997), A new Ostpolitik - Strategies for a united Europe, Gütersloh, Bertelsmann Foundation, Publ.

* Beiträge, die online nicht mehr verfügbar sind, können per E-Mail bestellt werden: Pia.Grundheber@kas.de

Der Autor

Kimmo Elo,

Universität Turku / Fachbereich Politikwissenschaft,

Turku, Finnland